

**Dringlichkeitsanfrage**

**der Abgeordneten Nadine Hoffmann (AfD)**

**und**

**Antwort**

**des Thüringer Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie**

**Möglicher kommunaler Pflegestützpunkt im Landkreis Hildburghausen**

Zur Thematik ergeben sich Fragen.

Das **Thüringer Ministerium für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie** hat die **Dringlichkeitsanfrage** vom 10. November 2025 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 1. Dezember 2025 beantwortet:

1. Welche Auffassung beziehungsweise Kenntnisse hat die Landesregierung über die Notwendigkeit beziehungsweise den Bedarf und den Standort eines Pflegestützpunkts im Landkreis Hildburghausen?

Antwort:

Nach § 8 Abs. 2 Satz 1 des Elften Buchs Sozialgesetzbuch haben das Land, die Kommunen, die Pflegeeinrichtungen und die Pflegekassen unter Beteiligung des Medizinischen Dienstes eine gemeinsame Verantwortung für eine leistungsfähige, regional gegliederte, ortsnahe und aufeinander abgestimmte pflegerische Versorgung der Bevölkerung. Die Landesregierung sieht einen großen Bedarf an einer wohnortnahen und unabhängigen Beratung insbesondere in Form von Pflegestützpunkten und befürwortet deren Ausbau. Eine konkrete Bedarfsanalyse für den Landkreis Hildburghausen liegt der Landesregierung indes nicht vor.

2. Welche Auffassung beziehungsweise Kenntnisse hat die Landesregierung zum Zeitpunkt der Eröffnung beziehungsweise Ermöglichung eines Pflegestützpunkts im Landkreis Hildburghausen?

Antwort:

Der Landesregierung liegen hierzu keine Informationen vor. Träger von Pflegestützpunkten sind nach § 7c des Elften Buchs Sozialgesetzbuch die Pflegekassen, die Krankenkassen und in der Regel die Landkreise und kreisfreien Städte als örtlicher Träger der Sozialhilfe. Entsprechende Vertragsabschlüsse nehmen die Pflegekassen vor.

3. Welche Gespräche bezüglich eines Pflegestützpunkts im Landkreis Hildburghausen gab es seit Beginn der aktuellen Wahlperiode des Landtags mit dem Landkreis Hildburghausen oder dessen Vertretern?

Antwort:

Der Landesregierung sind keine Gespräche bekannt.

Schenk  
Ministerin